

Bekanntmachung.

Betr.: Den Geschäftsgang bei dem Großh. Kreisamt Gießen.

Die tagtägliche Anzahl der Besucher unseres Amtes, die durch mündliches Vortragen ihre Angelegenheiten glauben fördern zu können, hat in letzter Zeit eine derartige Höhe erreicht, daß sich die Beamten fast ausschließlich mit Abfertigung solcher Besucher befassen müssen und ihnen so gut wie keine Zeit mehr dazu bleibt, an die ordnungsmäßige und rechtzeitige Erledigung ihrer gegenüber Friedenszeiten gewaltig gestiegenen und alltäglich noch wachsenden Arbeiten heranzutreten.

Wir sind deshalb nochmals genötigt, das Publikum hiermit dringlichst zu ersuchen, sich für seine Besuche in erster Linie nur den Dienstag, der Amtstag ist, auszusuchen und im übrigen nur in solchen Fällen auf dem Amt vorzusprechen, die entweder schriftlich nicht zu erledigen oder so dringend sind, daß ein umgehender Bescheid erfolgen muß. Besucher, die z. B. lediglich ihre Hauszahlungsangelegenheiten durch mündliches Vortragen fördern wollen, können von jetzt ab überhaupt nicht mehr angehört werden, ebenso wenig solche, die durch eine persönliche Rücksprache glauben, eine weitere Zurückstellung vom Militärdienst zu erreichen. An den Nachmittagen wird von jetzt ab das Amt, soweit nicht Fälle dringender Natur vorliegen, für das Publikum überhaupt geschlossen sein, da anderenfalls eine ordnungsmäßige Erledigung der Dienstgeschäfte überhaupt nicht mehr möglich ist.

Gießen, den 9. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir ersuchen, die vorstehende Bekanntmachung auf ortsübliche Weise, in den Landgemeinden außerdem durch Aushang, zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Weiter wird den Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden zur Pflicht gemacht, Besuche, einerlei welcher Art, die von ihnen aufgenommen sind oder schriftlich bei ihnen vorgebracht werden, mit der Post hierher zu schicken und nicht, wie dies seither vielfach gebräuchlich war, den Besuchstellern zur persönlichen Abgabe bei uns zu übergeben.

Gießen, den 9. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum.
Vom 28. Oktober 1916.

Auf Grund des § 5 der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 13. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 761) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Der Preis für Schwefelsäure und Oleum darf folgende Sätze nicht übersteigen:

- a) Glover säure: 330 Mark für 1000 Kilogramm Schwefelsäure im Erzeugnis, abzüglich 15 Mark für 1000 Kilogramm Erzeugnis in abgelieferter Beschaffenheit;
- b) helle Kammer säure sowie höhergradige Säure und Oleum: 470 Mark für 1000 Kilogramm Schwefelsäure im Erzeugnis, abzüglich 45 Mark für 1000 Kilogramm Erzeugnis in abgelieferter Beschaffenheit.

Diese Preise gelten für unverpackte Ware frei Bahnstation der Erzeugungsstelle und schließen die nach der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 13. November 1915 zu entrichtende Umlage ein.

Insofern als Schwefelsäure und Oleum für besondere Anwendungsfälle, wie chemische Analysen, wegen ihrer besonderen Beschaffenheit im Frieden gegenüber den für helle Kammer säure friedensüblichen Preisen mit Preisauflagen belegt waren, dürfen die friedensüblichen Aufschläge auf die im Abs. 1 unter b verzeichneten Preise berechnet werden.

§ 2. Für Verpackung und Verladung dürfen folgende Zuschläge zum Höchstpreis nicht überschritten werden:

1. Bei Verladung in Kesselwagen oder Toppwagen:

- a) Bei Stellung des Wagens durch den Verkäufer darf eine Wagenmiete von nicht mehr als 30 Pfennig für je 100 Kilogramm verladenes Säuregewicht berechnet werden. Der Wagen ist spätestens an dem dem Ankunftsstag auf der Station des Bestimmungsorts folgenden Werktag zu entleeren und zurückzugeben. Für jeden Tag Verzögerung in der Rückführung darf eine 5 Mark für den Wagen nicht überschreitende Gebühr berechnet werden. Die Berechnung weiterer Gebühren, wie für Füllung und dergleichen, ist nicht zulässig.
- b) Bei Stellung des Wagens durch den Säureempfänger ist

die Berechnung von Gebühren, wie für Füllung und dergleichen, nicht zulässig.

2. Bei Verladung in Eisenfässern:

- a) Werden Eisenfässer durch den Verkäufer leihweise gestellt, so darf eine Mietgebühr von nicht mehr als 75 Pfennig für je 100 Kilogramm verladenes Säuregewicht einschließlich Füllgebühr berechnet werden. Die Eisenfässer sind innerhalb 4 Wochen, vom Tage des Verlandes an gerechnet, zurückzuliefern. Bei verzögerter Rückgabe darf für jedes Jahr und jeden angefangenen Monat bis zu 2 Mark Leihgebühr berechnet werden.
- b) Bei käuflicher Ueberlassung der zur Verpackung der Säure dienenden Eisenfässer an den Säureempfänger die Rückgabe der Fässer an den Verkäufer vereinbart, so darf, sofern die Fässer in brauchbarer Beschaffenheit zurückgegeben werden, der Unterschied zwischen dem ursprünglichen Verkaufspreis und dem Rücknahmepreis nicht mehr betragen als die Mietgebühr nach 2a für die vom Säureempfänger beanspruchte Gebrauchszeit betragen haben würde.
- c) Bei Stellung der Eisenfässer durch den Säureempfänger darf der Verkäufer eine Füllgebühr von nicht mehr als 25 Pfennig für je 100 Kilogramm verladenes Säuregewicht berechnen.

3. Bei Verladung in Korbfässern:

- a) Werden Korbfässer durch den Verkäufer leihweise gestellt, so darf eine Mietgebühr von nicht über 1,50 Mark das Stück für Bandeisenerkorbfässer oder Vollmantelkorbfässer, 1 Mark das Stück für Weidenkorbfässer für jeden angefangenen Zeitraum von 2 Monaten, vom Tage des Verlandes an gerechnet, außerdem eine Füllgebühr von nicht mehr als 50 Pfennig für je 100 Kilogramm geliefertes Säuregewicht berechnet werden.
- b) Bei käuflicher Ueberlassung der zur Verpackung der Säure dienenden Fässer an den Säureempfänger darf der Verkäufer berechnen:

für Vollmantelkorbfässer nicht mehr als 12 Mark das Stück,
für Bandeisenerkorbfässer nicht mehr als 6 Mark das Stück,
für Weidenkorbfässer nicht mehr als 4,50 Mark das Stück,

außerdem eine Füllgebühr von nicht mehr als 50 Pfennig für je 100 Kilogramm geliefertes Säuregewicht.

Wird Rückgabe der Fässer an den Verkäufer vereinbart, so darf der Unterschied zwischen dem ursprünglichen Verkaufspreis und dem Rücknahmepreis nicht mehr betragen als die Mietgebühr nach 3a für die vom Säureempfänger beanspruchte Gebrauchszeit betragen haben würde.

- c) Bei Stellung der Fässer durch den Säureempfänger darf nur eine Füllgebühr von nicht mehr als 50 Pfennig für je 100 Kilogramm geliefertes Säuregewicht berechnet werden.

§ 3. a) Uebernimmt der Verkäufer, sofern er nicht der Hersteller ist, beim Verkaufe von Säure in kleineren Mengen als 5000 Kilogramm Wagenladung die Lieferung frachtfrei Station des Bestimmungsorts, so darf er dafür dem Käufer einen Aufschlag von nicht mehr als 2,50 Mark für je 100 Kilogramm verladenes Säuregewicht über den Höchstpreis hinaus berechnen unter gleichzeitiger Uebernahme der Bruchgefahr.

- b) Uebernimmt der Verkäufer, sofern er nicht der Hersteller ist, beim Verkaufe von chemisch reiner Säure in kleineren Mengen als 5000 Kilogramm Wagenladung die Lieferung frachtfrei Station des Bestimmungsorts, so darf er dafür dem Käufer den unter 3a angegebenen Aufschlag unter gleichzeitiger Uebernahme der Bruchgefahr berechnen oder die ihm tatsächlich auf die Lieferung erwachsenen Frachtkosten zuzüglich 50 Pfennig für je 100 Kilogramm verladenes Säuregewicht in Rechnung stellen.
- c) Für Lieferung frei Haus des Säureempfängers darf der Verkäufer dem Käufer außerdem einschließlich der Uebernahme der Bruchgefahr und der Abholung der entleerten Verpackung nicht mehr als 3 Mark für je 100 Kilogramm geliefertes Säuregewicht berechnen.

§ 4. Die Bestimmungen treten mit dem 1. November 1916 unter gleichzeitiger Anhebung der Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum, vom 8. April 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 258) in Kraft.

Berlin, den 28. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

Nr. W. III. 3000/9. 16. R. R. A.

betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flachs- u. Hanfstroh, Bastfasern (Zute, Flachs, Ramie, europäischer u. außereuropäischer Hanf) und von Erzeugnissen aus Bastfasern. Vom 10. November 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit auf Ersuchen des Königlich Preussischen Kriegsministeriums zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahme-Vorschriften nach § 6*) der Bekanntmachungen über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357), vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 645), vom 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778) und 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1019) und jede Zuwiderhandlung gegen die Lagerbuchführung nach § 5**) der Bekanntmachungen über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54), vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft wird. Auch kann die Schließung des Betriebes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) angeordnet werden.

§ 1.

Beschlagnahme.

Beschlagnahmt werden hiermit:

- a) alles Flachs- und Hanfstroh. Die Beschlagnahme erstreckt sich nur auf den Halm (Flachs, Hanfstroh, Strohflachs, Flachs bzw. Hanf im Stroh), jedoch nicht auf die Frucht (Leinseel);
- b) alle Bastfasern in rohem, ganz oder teilweise gebleichtem, fremiertem oder gefärbtem Zustande.

Als Bastfasern im Sinne der Bekanntmachung sind anzusehen: Zute, Flachs, Ramie, europäischer und außereuropäischer Hanf (Manilahanf, Sisalhanf, die indischen Hanfarten, Neuseelandflachs und andere Seilerfasern) und alle bei der Verarbeitung von Bastfaser-Rohstoffen, Halb- und Fertigserzeugnissen entstehenden Vergarten, Abfälle (mit Ausnahme der Lumpen und Stoffabfälle***), Fabriktschrott sowie die durch Auflösung von Bastfaser-Erzeugnissen und Lumpen wieder gewonnenen Fasern;

- c) alle Halberzeugnisse aus Bastfasern;
- d) die nach Maßgabe des § 6 Ziffer 2 auf Vorrat seit dem 27. Dezember 1915 fertiggestellten Halb- und Fertigserzeugnisse aus Bastfasern.

§ 2.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, bestraft:

1. wer der Verpflichtung, die enteigneten Gegenstände herauszugeben oder sie auf Verlangen des Erwerbers zu überbringen oder zu übersenden, zuwiderhandelt;
2. wer unbezahlt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft, oder ein anderes Veräußerungsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

***) Die Beschlagnahme von Lumpen und neuen Stoffabfällen auf Grund der Bekanntmachung vom 16. Mai 1916 Nr. W. IV 300/4. 16. R. R. A. bleibt hierdurch unberührt.

ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über diese nichtig sind, soweit sie nicht auf Grund der folgenden Anordnungen erlaubt werden. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 3.

Verwendungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme ist nach Auslesen der Fäden und Stoffabfälle das Verbrennen des Fabriktschrotts und seine Verwendung zu Düngezwecken erlaubt.

§ 4.

Verarbeitungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme ist erlaubt:

- a) das Kösten des Strohs und das Ausarbeiten der Faser aus dem Stroh im eigenen Betriebe;
- b) das Bleichen und Färben roher Garne in den Nummern bis 30 englisch einschließlich;
- c) die Fertigstellung der am 15. August 1916 im Bleich- oder Färbverfahren befindlichen bisher beschlagnahmten Garne.

§ 5.

Verarbeitungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme ist erlaubt:

- a) die Herstellung von Seilerwaren in den handwerksmäßig geführten Betrieben, soweit sie zur Ausarbeitung der am 15. August 1916 in den betreffenden Betrieben vorhanden gewesenen Bastfasern oder Halberzeugnisse erfolgt;
- b) die monatliche Verarbeitung des 10. Teiles der am 1. August 1916 vorhanden gewesenen Vorräte an Bastfaser-Abfall der im § 1 b bezeichneten Art (Fadenabfälle, Spinnabfälle, Vergabfall usw.) sowie an Restwerk zu Garnen und ihre Verarbeitung zu Fertigserzeugnissen*);
- c) die monatliche Verarbeitung des 10. Teiles der am 1. August 1916 vorhanden gewesenen Vorräte in Leinengarn feiner als Nr. 51 englisch roh und Nr. 31 englisch ganz oder teilweise gebleicht oder gefärbt sowie die monatliche Verarbeitung des 5. Teiles der nach dem 1. August 1916 hinzugekommenen gleichartigen Garnvorräte zu Geweben und Klöppelspißen;
- d) die Verarbeitung der am 27. Dezember 1915 auf Reitbäumen befindlichen und der bis zum 15. August 1916 beschlagnahmten Garne, welche sich auf Reitbäumen befinden, allgemein, sowie der am 15. August 1916 auf Reitbäumen befindlichen oder für die Herstellung von Klöppelspißen vorgereinigten Garne der Nummern 45—50 englisch roh ohne Rücksicht auf die aus ihnen anzufertigende Ware.

Hierbei dürfen nur Seidengarne feiner als Nr. 51 englisch roh oder Nr. 31 englisch gebleicht bzw. gefärbt verwendet werden;

- e) die monatliche Verarbeitung einer solchen Menge beschlagnahmter Bastfasern, welche dem 5. Teile des am 15. August 1916 vorhanden gewesenen Bestandes der nach dem 1. Januar 1916 aus dem Reichsauslande (nicht den besetzten Gebieten) eingeführten Rohstoffe entspricht. Diese Erlaubnis erstreckt sich jedoch nicht auf Flachsstroh.

§ 6.

Verarbeitungserlaubnis für Kriegsbedarf.

1. Die Verarbeitung und Verwendung von Bastfasern ist erlaubt, soweit sie zur Erfüllung von unmittelbaren oder mittelbaren Aufträgen der Seeres- oder Marinebehörden dienen (Kriegslieferungen).

Der Nachweis der Verwendung zur Erfüllung einer Kriegslieferung ist zu führen. Für jeden mittelbaren oder unmittelbaren Auftrag auf eine Kriegslieferung muß sich der Hersteller der Halb- oder Fertigserzeugnisse vor der Inverfügung von Kriegslieferungen aus beschlagnahmten Beständen im Besitz eines ordnungsmäßig ausgefüllten und von der auftraggebenden Behörde unterschriebenen amtlichen Belegscheines für Erzeugnisse aus Bastfasern befinden. Vordrucke für diese Belegscheine sind bei der Beschlagnahme-Stelle (Vordruckverwaltung) der Kriegs-Rohstoff-Verteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Berl. Seidemännstr. 10, erhältlich.

2. Auch ohne einen Auftrag auf Kriegslieferungen dürfen Halb- und Fertigserzeugnisse für Seeres- oder Marinebedarf aus Bastfasern auf Vorrat nach Maßgabe der folgenden Vorschriften hergestellt werden:

- a) Zu Garnen, nicht feiner als Leinengarn Nr. 45 englisch und zu Seilerwaren für Kriegsbedarf dürfen Bastfasern dauernd mit der Maßgabe verarbeitet werden, daß die jeweils vorräthige Menge an Garnen und Seilerwaren nicht mehr als 25 Gewichtsteilen vom Hundert jedes einzelnen, am 1. Dezember 1915 vorhanden gewesenen Bestandes an Bastfasern gleichkommt. Die Vorräte an Garnen feiner als Nr. 30 dürfen $\frac{1}{3}$ des beschlagnahmten Gesamtbestandes an Garnen nicht überschreiten.

*) Wegen Fertigserzeugnisse wird auf die Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web- und Strichwaren vom 1. Februar 1916 W. M. 1000/11. 15. R. R. A. verwiesen.

Bei der Berechnung der Gesamtmenge der vorhandenen gewaschenen Bestände an Bastfasern sind in Abzug zu bringen die Mengen der nach dem 25. Mai 1915 aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe und die Mengen der gemäß § 5 Biffer b bezeichneten Abfälle.

Personen, deren Vorrat am 1. Dezember 1915 geringer war als $\frac{1}{12}$ des im Jahre 1913 verarbeiteten Rohstoffgewichtes, dürfen Garne nicht feiner als Leinengarn Nr. 30 und Seilerwaren für Kriegsbedarf uneingeschränkt auch auf Vorrat arbeiten.

Bei der Feststellung der Bestände sind als Fasertroh vorhandene Vorräte nur mit einem Fünftel ihres Gewichtes in Rechnung zu stellen.

- b) Zu Geweben für Kriegsbedarf dürfen Bastfasergarne dauernd mit der Maßgabe verarbeitet werden, daß die jeweils vorrätige Gewebemenge nicht mehr als 25 Gewichtsteilen vom Hundert der am 1. Dezember 1915 vorhanden gewesenen Bastfasergarnbestände gleichkommt.

Bei Berechnung der Gesamtmenge der Bastfasergarnbestände vom 1. Dezember 1915 ist die Menge der nach dem 26. Mai 1915 aus dem Auslande eingeführten Garne und Zwirne nicht zu berücksichtigen.

Die auf Vorrat hergestellten Garne und Gewebe bleiben beschlagnahmt (vgl. § 8); sie müssen getrennt von den übrigen Beständen gelagert werden.

Als Rohstoff bzw. Garnvorrat gelten die nicht in Bearbeitung genommenen Mengen. Auf Lager befindliche geheckte Fasern und Bergarten sind Rohstoffbestände im Sinne dieses Paragraphen; ferner sind als Vorrat alle diejenigen Halb- und Fertigerzeugnisse anzusehen, welche die Verstellungsmaschinen (Webstuhl, Spinnstuhl, Seilschlagmaschinen usw.) verlassen haben.

§ 7.

Veräußerungserlaubnis für Bastfaserrohstoffe.

Die Veräußerung und Lieferung von aus dem Auslande eingeführten Bastfaserrohstoffen (auch Berg) und Abfällen bzw. Reißwerg der im § 1 bezeichneten Art ist nur an die Bastfaser-Einkaufsgesellschaft m. b. H., Berlin W 56, Werderischer Markt 4, die Veräußerung und Lieferung der inländischen Rohstoffe nur an die Kriegs-Flachsbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 56, Markgrafenstraße 36, oder an Personen gestattet, welche einen schriftlichen Ausweis der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preuss. Kriegsministeriums zur Berechtigung des Aufkaufs der beschlagnahmten Gegenstände erhalten haben. Anträge auf Erteilung eines derartigen Ausweises sind durch Vermittelung der Kriegs-Flachsbau-Gesellschaft m. b. H. an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung zu richten.

Die von der deutschen Heeresmacht besetzten Gebiete gelten nicht als Ausland im Sinne dieser Bekanntmachung.

Die Veräußerung und Lieferung anderer als aus dem Auslande eingeführter Abfälle ist in Mengen bis zu 6000 kg erlaubt, mit Ausnahme der Veräußerung und Lieferung an Verarbeiter solcher Gegenstände. Die Veräußerung oder Lieferung größerer Mengen der vorbezeichneten Abfälle* ist nur an die Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, Berlin W 9, Bellevuestr. 12 a, oder an Personen oder Firmen gestattet, welche einen schriftlichen Ausweis der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums zur Berechtigung des Aufkaufs der bezeichneten Abfälle erhalten haben.

Die Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen ist jedoch nur verpflichtet, Ladungen der vorbezeichneten Abfälle anzunehmen, welche die Zusammensetzung einer der folgenden Gruppen haben:

- Gruppe A. Garnreste,
- " B. Reißspinnabfälle,
- " C. Räumlinge,
- " D. Rardenabfälle,
- " E. Bergabfall und Schwingabfall,
- " F. Reibricht oder Scherabfall.

§ 8.

Veräußerungserlaubnis für Bastfasererzeugnisse.

Trotz der Beschlagnahme ist gestattet:

- a) die Veräußerung und Lieferung der Bastfaserhalberzeugnisse an Selbstverarbeiter sowie an die Leinengarn-Abrechnungsstelle A.-G., Berlin W 56, Schinkelplatz 1-4, oder an Personen, welche im Besitz eines schriftlichen Ausweises der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums zur Berechtigung des Aufkaufs der beschlagnahmten Gegenstände sind;
- b) die Lieferung der seit dem 27. Dezember 1915 gemäß § 6 Biffer 2 hergestellten Erzeugnisse zur Erfüllung eines Auftrages auf Kriegslieferungen gegen Belegschein.

§ 9.

Lagerbuchführung.

Ein Lagerbuch, aus welchem die Vorräte sowie alle Änderungen von ihnen ersichtlich sind, ist zu führen:

* Es wird auf die Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Bastfaserabfälle vom 8. September 1916 W. III. 1/8. 16. R. R. A. verwiesen.

- a) über alle beschlagnahmten Vorräte des im Inlande geernteten Flach- und Hanfstrohs nach Einbringung der Ernte;
- b) über die gemäß § 6 Biffer 2 a und b auf Vorrat für Kriegsbedarf hergestellten Garne und Gewebe.

Ist ein derartiges Lagerbuch bereits vorhanden, so kann es weiter benutzt werden.

Besitzer von Flach- und Hanfstrohvorräten (geröstet oder ungeröstet) von weniger als 1000 kg brauchen ein Lagerbuch nicht zu führen.

§ 10.

Ausnahmen.

Ausnahmen von dieser Bekanntmachung können durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums in Berlin bewilligt werden. Schriftliche, mit eingehender Begründung versehene Anträge sind an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Sektion W. III, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 10, zu richten. Die Entscheidung über Ausnahmebewilligungen von § 9 behält sich der zuständige Militärbefehlshaber vor.

§ 11.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 10. November 1916 in Kraft. Gleichzeitig werden die Bekanntmachungen Nr. W. III. 3500/7. 16. R. R. A. vom 15. August 1916 und Nr. W. III. 300/6. 16. R. R. A. vom 12. Juli 1916 aufgehoben.

Frankfurt a. M., den 10. November 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Betr.: Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flach- und Hanfstroh, Bastfasern (Zute, Flach, Ramie, europäischer und außereuropäischer Hanf), und von Erzeugnissen aus Bastfasern.

An die Grob- u. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Indem wir auf die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps von heute verweisen, beauftragen wir Sie, folgendes alsbald örtlich zu veröffentlichen:

„Das stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps hat unterm 10. November ds. Js. eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flach- und Hanfstroh, Bastfasern (Zute, Flach, Ramie, europäischer und außereuropäischer Hanf), und von Erzeugnissen aus Bastfasern erlassen. Diese Bekanntmachung enthält Bestimmungen über Beschlagnahme, Wirkung der Beschlagnahme, Veräußerungserlaubnis, Verarbeitungserlaubnis, Verarbeitungserlaubnis für Kriegsbedarf, Veräußerungserlaubnis für Bastfasernerzeugnisse, Lagerbuchführung, Ausnahmen und Inkrafttreten. Diese Bekanntmachung ist im Giesener Anzeiger abgedruckt und kann auf unserer Amtsstube eingesehen werden.“

Der Giesener Anzeiger, der obige Bekanntmachung enthält, ist von Ihnen auf Wunsch der Interessenten vorzulegen, letzteren auch auf etwaige Fragen eingehende Auskunft zu geben.

Gießen, den 10. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Nachtrag

Nr. W. M. 207/9. 16. R. R. A.

Zur Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirk- und Strickwaren, vom 1. Februar 1916

W. M. 1000/11. R. R. A.

Vom 10. November 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Königlich Preussischen Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß, soweit nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahmenvorschriften nach § 6 der Bekanntmachungen über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357) in Verbindung mit den Erweiterungs-bekanntmachungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 645), vom 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778) und vom 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1019) und jede Zuwiderhandlung gegen die Meldepflicht nach § 5 der Bekanntmachungen über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) in Verbindung mit den Erweiterungs-bekanntmachungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft wird. Auch kann die Schließung des Betriebs gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) angeordnet werden.

Artikel I. Im § 2 der Bekanntmachung W. M. 1000/11. 15. R. R. A. werden zwischen die Worte: „verschiedener Spinnstoffe“ und „hergestellt sind“ die Worte: „oder auch unter Mit-

Verwendung von Papier" eingefügt. Die Worte: „bei Sand-
fack- und Strohsackgeweben auch unter Mitverwendung von Pa-
pier" fallen fort.

Artikel II § 5 Ziffer 9 der Bekanntmachung W. M. 1000/11.
15. R. R. A. erhält folgende Fassung:

„Bastfasergewebe, deren Verfertigung auf Grund des § 3
Nr. 2d und e der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme,
Verwendung und Veräußerung von Bastfasern und Erzeugnissen
aus Bastfasern, vom 23. Dezember 1915 (W. III. 1572/10. 15.
R. R. A.), des § 3 Nr. 2d der Bekanntmachung, betreffend Be-
schlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Bastfasern usw.,
vom 26. Mai 1916 (W. III. 1500/4. 16 R. R. A.) sowie des § 4 e
der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme, Verwendung und
Veräußerung von Bastfasern usw., vom 15. August 1916 (W. III.
3500/7. 16 R. R. A.) erlaubt war, soweit diese Gewebe während
der Geltungsdauer der die Verfertigung gestaltenden Bekanntmachung
angefertigt sind.“

Vinter § 5 Ziffer 9 wird folgende Nr. 9a eingeschoben:
„Bastfasergewebe, deren Verfertigung auf Grund des § 5 c der
Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Ver-
äußerung von Bastfasern usw., vom 10. November 1916 (W. III.
3000/9. 16 R. R. A.) erlaubt ist.“

Artikel III. In der Uebersichtstafel, Gruppe I, II, III, V,
VII, Spalte 2 der Bekanntmachung W. M. 1000/11. 15 R. R. A.
treten die Worte hinzu: „auch unter Mitverwendung von Papier“.

Artikel IV. Für die durch die erweiterte Beschlagnahme erfor-
derlichen Meldungen gelten hinsichtlich des Stichtages und der
Meldedfrist die in § 12 der Bekanntmachung W. M. 1000/11. 15
R. R. A. enthaltenen Bestimmungen. Für die erste Meldung ist der
am Beginn des 10. November 1916 tatsächlich vorhandene Bestand
maßgebend. Die ersten Meldungen sind bis zum 20. November 1916
zu erhalten.

Artikel V. Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung
in Kraft.

Frankfurt a. M., den 10. November 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Bekanntmachung

Nr. W. I. 2939/9. 16. R. R. A.

betreffend Herstellungsverbot von Garnen und Geweben aus Mischungen von Papier und Wolle oder Kunstwolle.

Vom 10. November 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Be-
merken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß jede Uebertretung
wie jedes Auffordern oder Anreizen zur Uebertretung der erlas-
senen Vorschriften, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen
höhere Strafen verurteilt sind, nach § 9b des Gesetzes über den
Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem
Gesetz vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 813), in
Bayern nach Artikel 4 Ziffer 2 des bayerischen Gesetzes über den
Kriegszustand vom 5. November 1912 in Verbindung mit dem
Gesetz vom 4. Dezember 1915 bestraft wird.

§ 1. Die Verwendung von Wolle oder Kunstwolle oder
Mischungen von Spinnstoffen, in denen Wolle oder Kunstwolle ent-
halten ist, zur Herstellung von Garnen oder Geweben unter Mit-
verwendung von Papier ist verboten.

Die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung ge-
bäuteten Papierketten dürfen unter Verwendung von Wolle oder
Kunstwolle, soweit es nicht bisher bereits verboten war, abgear-
beitet werden. Die Beschlagnahme der hierdurch hergestellten Ge-
webe nach Maßgabe der Bekanntmachung W. M. 1000/11. 15.
R. R. A. in der Fassung der Bekanntmachung W. M. 207/9. 16.
R. R. A. bleibt unberührt.

§ 2. Anträge auf Bewilligung von Ausnahmen sind an die
Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsmini-
steriums, Sektion W 1, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstr. 11,
zu richten. Die Entscheidung über die Anträge behält sich der zu-
ständige Militärbefehlshaber vor.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in
Kraft.

Frankfurt a. M., den 10. November 1916.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b Tgb.-Nr. 20370/6424.

Frankfurt a. M., den 27. 10. 1916.

Betr.: Ausfuhr- und Verkaufsverbot des Buches: „Die deutsche
Armee in ihren neuen Feld- und Friedensuniformen.“

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand
vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 be-
stimme ich:

1. Die Ausfuhr des im Verlage von Moritz Rühl in Leipzig er-
scheinenden Buches „Die deutsche Armee in ihren neuen Feld-
und Friedensuniformen“ nebst Uniformtafeln in das neutrale
oder verbündete Ausland ist verboten.

2. Der Verkauf dieses Buches im Inlande darf nur an Truppen-
teile des deutschen Heeres und der verbündeten Heere und außer-
dem an Angehörige der deutschen Armee und Marine erfolgen,
sofern sie eine untersteinstellte Genehmigungsbcheinigung ihres
Truppenteils vorlegen.

Zuüberhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre,
beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe
bis zu 1500 Mark bestraft.

Der Kommandierende General:

ges. Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung

über Druckpapier. Vom 31. Oktober 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Druckpapier
vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 306) wird folgendes be-
stimmt:

Verleger und Drucker von Zeitungen, die auf maschinenglattem,
holzhaltigem Druckpapier gedruckt werden, sowie alle sonstigen
Personen, die unbedrucktes Papier der genannten Art im Betrieb
ihres Gewerbes beziehen, dürfen in den Monaten November und
Dezember 1916 solches Papier nur in den Mengen beziehen, die
für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungs-
gewerbe in Berlin festgesetzt werden.

Die Festsetzung geschieht nach dem Grundsatz, daß die gleiche
Menge bezogen werden darf, deren Bezug auf Grund des § 1 der
Bekanntmachung vom 20. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 534) in
der Zeit vom 1. Juli bis 31. August 1916 gestattet war. Im
übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekanntmachungen über
Druckpapier vom 20. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 534) un-
verändert in Kraft.

Berlin, den 31. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Betr.: Pflegekinder unter sechs Jahren.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Grohh.

Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir sehen der Einreichung der Uebersichtsbogen oder
Ihren Gehlbericht bis spätestens 15. Dezember l. Js. entgegen.
Gießen, den 6. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Die Verwertung der Walnüsse zur Delbereitung.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, das Grohh. Polizei-
amt Gießen, die Grohh. Bürgermeisterien und Gendarmerie
des Kreises.

Wir sind veranlaßt, wiederholt auf unsere Bekanntmachung
vom 20. Oktober l. Js. (Kreisblatt Nr. 134) aufmerksam zu
machen.

Die Walnüsse unterliegen nicht der Verordnung des Bundes-
rats über den Verkehr mit Delfrüchten vom 15. Juli 1915/26. Juli
1916, sondern sind restlos abzuliefern. Jede Zurückhaltung von
Walnüssen zum eigenen Verbrauch, zur Verfütterung oder zur
Delgewinnung für den eigenen Haushalt ist verboten und strafbar.

Vom Grohh. Ministerium des Innern ist den Bürgermeiste-
rien die Verantwortung auferlegt worden, daß die geernteten
Walnüsse vollständig angezeigt und abgeliefert werden.

Die Delmühlen sind aufs schärfste zu überwachen, daß eine
Bearbeitung von Walnüssen nicht stattfindet; Strafanzeigen sind
im Uebertretungsfall vorzulegen.

Unserer Berichtsanlage sind bis jetzt erst 13 Bürgermeiste-
rien nachgekommen (zweitletzter Abgab der Bekanntmachung vom
20. 10. 1916; Kreisblatt Nr. 134). An die baldige Erledigung
wird hiermit erinnert.

Gießen, den 9. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausfuhr von Rüben.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 30. Ok-
tober ds. Js. (Kreisblatt Nr. 138 vom 31. Oktober ds. Js.) wo-
nach Rüben aller Art nur mit unserer Genehmigung aus dem
Kreise Gießen ausgeführt werden dürfen, wird hiermit die Ausfuhr
von Zuckerrüben zur Belieferung der Zuckerrübenfabriken
freigegeben.

Gießen, den 9. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Grohh.
Bürgermeisterien der Landgemeinden, das Grohh. Polizei-
amt Gießen und die Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist sofort ortsüblich zu ver-
öffentlichen.

Gießen, den 9. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.